

Vorlage dazu vor. Das ist ein außerordentlich schwieriges Gebiet, das kann man nicht in sechs Monaten machen.

■ Wie groß ist der Spielraum? Wieviel kann der Staat dem freien Spiel der Kräfte überlassen?

Seehofer: Es wird nie möglich sein, daß wir die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung voll privatisieren. Der Staat wird auf Dauer den Rahmen setzen und die Spielregeln aufstellen müssen ...

■ ... und den Schiedsrichter spielen ...

Seehofer: ... und den Schiedsrichter spielen, wenn die Selbstverwaltung der

ren gebracht – mehr Marktwirtschaft, die nicht zu Lasten der Versicherten gegangen wäre. Denn der Versicherte ist derjenige, der die schlechteste Nachfrageposition hat: Wie soll er die Therapieempfehlung seines Arztes oder Zahnarztes überprüfen, wie soll er ein preiswertes Krankenhaus aussuchen, einen Preisvergleich in der Apotheke anstellen?

■ Genauso wie bei anderen Gütern oder Dienstleistungen auch.

Seehofer: Das geht eben nicht. Wenn Sie sich eine Stereoanlage kaufen wollen, können Sie sich vorher mit Hilfe von

Zeitgeschichte

Fast gestorben

War die Bundesregierung 1987 bereit, die DDR staatlich anzuerkennen?

Margarita Mathiopoulos

Politische Systeme kommen und gehen, aber einige Menschen überdauern jede Veränderung: Man braucht sie, denn ohne ihr Insiderwissen läuft nichts. Unabhängig davon, ob man sie mag oder nicht.

Zu diesen Unersetzlichen gehören Männer wie Alexander Schalck-Golodkowski und sein früherer Chef, Gerhard Beil. Seit Anfang der achtziger Jahre beherrschte das doppelte Lotzchen den Außenhandel der DDR. In Beils und Schalck-Golodkowskis Händen liefen alle Fäden zusammen.

Beil macht (wie Schalck-Golodkowski) auch heute noch seinem früheren Deck- und Spitznamen „die Katze“ alle Ehre. Im alten SED-Regime zu Ehren gekommen, blieb Beil unter Hans Modrow Außenwirtschaftsminister. Auch Modrow-Nachfolger Lothar de Maizière wollte auf seinen Sachverstand nicht verzichten und beauftragte ihn als Berater. Bis Juni 1991 hatte der Krupp-Konzern Gerhard Beil gar als Projektberater für die Sowjetunion unter Vertrag.

Auf Beil hatte mich im November 1989 ein ostdeutscher SED-Funktionär und Wissenschaftler, den ich seit Jahren als offiziellen Gesprächspartner des Aspen-Instituts kannte, aufmerksam gemacht. Schon einige Jahre vor der Wiedervereinigung, so der Informant, hätte eine Gruppe von Wirtschaftsexperten um Beil erkannt, daß die DDR wirtschaftlich nicht mehr lange überleben würde. Spätestens zum Ende des Jahres 1989 erwarteten sie den Zusammenbruch der DDR. So wiesen sie darauf hin, daß der Zuwachs des DDR-Nationaleinkommens erheblich niedriger sei als die Zinszahlungen an das nicht-sozialistische Ausland. Aus diesem Grunde habe man bereits 1986/87 eine „Unter-der-Hand-Diplomatie“ mit dem Kanzler-

Dr. Margarita Mathiopoulos ist Bankdirektorin bei der Norddeutschen Landesbank in Hannover. Zuvor war sie stellvertretende Direktorin des Aspen-Instituts in Berlin und Gastprofessorin für Amerikanische und Internationale Politik an der Berliner Humboldt Universität. Der Text ist eine Zusammenfassung des Kapitels „Rendezvous mit der DDR-Geschichte“ aus ihrem im Januar bei der Deutschen Verlags-Anstalt erscheinenden Buch „Das Ende der Bonner Republik – Beobachtungen einer Europäerin“.



Reformer Seehofer: „Wo beginnt die Verantwortung des einzelnen?“

Kassen und Leistungserbringer ihre Funktion nicht erfüllt oder nicht erfüllen will.

■ Eine Reihe von Untersuchungen kommt zu dem Schluß, das beste Steuerungssystem sei der autonome Bürger. Warum geben Sie dem mündigen Bürger diese Freiheit nicht?

Seehofer: Eine meiner Erfahrungen aus den vergangenen

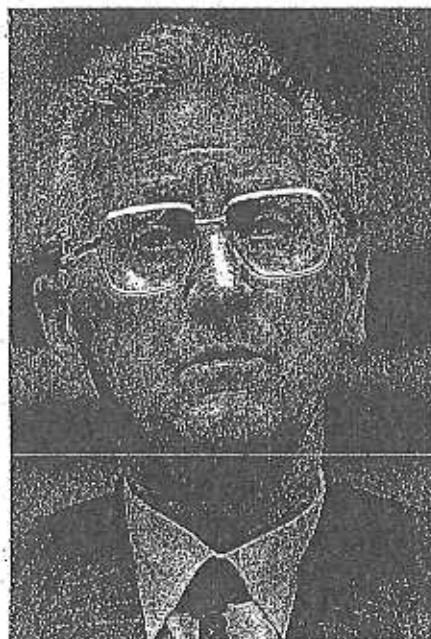
Wochen ist, daß man die Befürworter der Marktwirtschaft am meisten dadurch erschrecken kann, daß man die Marktwirtschaft einführen will. So dachten wir beispielsweise daran, anstelle der jetzt vorgesehenen Bedarfzulassung bei Kassenärzten in bestimmten Zeitabständen sämtliche Kassenarztsitze neu auszuschreiben – da war weit und breit keiner der Marktwirtschaftler mehr zu sehen. Oder: öffentliche Ausschreibungen bei Hilfsmitteln. Da liefen die Handwerker massiv Sturm. Mit diesen Dingen hätten wir mehr Luft in die verkrusteten Struktu-

prospekten, Fachzeitschriften oder Verkaufsgesprächen informieren. Wenn Ihr Zahnarzt aber einen Haarriß in einer Ihrer Kronen diagnostiziert, sind Sie auf den Therapievorschlag des Arztes weitgehend angewiesen.

■ Dennoch halten auch Sie eine Überprüfung des Leistungskataloges für notwendig. Werden sich solche tiefgreifende Strukturveränderungen durchsetzen lassen?

Seehofer: Schon im jetzigen Gesundheitsstrukturgesetz sind massive Strukturveränderungen enthalten: nicht nur bei den Kliniken, sondern auch bei den Krankenkassen. Es gibt noch andere tiefgreifende Neuerungen. Man sollte das nicht unterschätzen. Das ist geleistet worden, obwohl man mir Ihre Frage im Mai und Juni immer wieder gestellt hat. Wir werden die nächste Reform ebenso schaffen wie diese – übrigens mit Unterstützung der Bevölkerung. Die Menschen haben ein sehr viel größeres Verständnis für zukunftsichernde Eingriffe, als wir Politiker das glauben.

Konrad Handschuch/Walter Plassmann



DDR-Außenhändler Beil: „Man muß Leute korrumpieren“

amt in Bonn aufgenommen. Im Kern sei damals über die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft durch Bonn verhandelt worden, wenn dafür im Gegenzug die Mauer fallen würde.

War wirklich im Kanzleramt über eine Anerkennung der DDR nachgedacht worden? Und hatten Kohls Emissäre de facto schon mit der anderen Seite darüber verhandelt? Hatte der selbsternannte Gralshüter der deutschen Nation seine hehren Ziele, wie sie in der Präambel des Grundgesetzes fixiert sind, für einen Silberroschen verkaufen wollen?

Am 12. Juni 1990 besuchte ich Beil in seinem Büro in der Ostberliner Klosterstraße. Er gab mir erstaunlich bereitwillig Auskunft: Nachdem sich die drohende Zahlungsunfähigkeit der DDR immer stärker abzeichnete und das Politbüro die wirtschaftliche und politische Tragweite nicht habe wahrhaben wollen, sei nach anderen Lösungen gesucht worden. Beil: „Mit dem Bereich kommerzielle Koordination (KoKo) ist Schalck-Golodkowski neue Wege gegangen, die teilweise auch an unseren Gesetzen vorbeigingen. Man muß Leute korrumpieren, das tut jede größere Firma im Westen auch.“

Beil ist heute noch ein überzeugtes Mitglied der PDS. Die Revolution fand er lächerlich, und die Art und Weise der Grenzöffnung am 9. November 1989 bezeichnet er als unwürdig: „Ich wäre fast gestorben vor Ärger. Ich bin überzeugt, daß Bonn die Öffnung hoch bezahlt hätte. Hatten wir doch schon 1986/87 einen Deal mit der Bundesrepublik geplant für den Fall der Grenzöffnung.“

Die von meinem Informanten genannte Fünfer-Gruppe – Gerhard Schürer, Chef der Planungskommission, Außenhandelsminister Gerhard Beil, KoKo-Chef Alexander Schalck-Golodkowski, Herta König aus dem Finanzministerium und der Präsident der DDR-Außenhandelsbank Werner Polze – hatte sich 1987 Gedanken darüber gemacht, daß die DDR finanziell nicht mehr lange zu halten sei. Gerhard Beil erklärt, daß seit 1982 die Exporte ins nichtsozialistische Währungsgebiet nicht erfüllt wurden, wobei sich die jährliche Untererfüllung zwischen 8,4 und 25,0 Prozent der vorgegebenen Exportquote bewegte. „Um zu retten, was zu retten war, hatten wir den Plan geschmiedet, zum Zeitpunkt von Honeckers Bonn-Reise die Grenzen zu öffnen, wenn die Bundesregierung als Gegenleistung dafür die Zweistaatlichkeit anerkennen und die finanziellen Schwierigkeiten der DDR auffangen würde. Grandioserweise hatte Bonn dem Vorhaben bereits prinzipiell zugestimmt, gescheitert ist es am Starrsinn Honeckers.“

Auf meine Frage, mit wem er damals im Kanzleramt verhandelt hätte, schweigt Beil sich aus. Als ich aber einige Namen aufzähle, schüttelt er entweder den Kopf oder nickt bestätigend. Als der Name des außenpolitischen Ex-Kohl-Intimus Horst Teltchik fällt, bestätigt Beil stumm auch diesen.

Medien

Außer Kontrolle

Landesmedienanstalten überwachen die Konzentration im Privat-TV – mit wenig Erfolg.

Fünfzehn Staatsdiener wollten Deutschlands Mediengiganten das Fürchten lehren. Die Direktoren der 15 Landesmedienanstalten (LMA), in jedem Bundesland achtet eine Behörde auf Wettbewerb im Kommerz-Fernsehen, hatten sich die Bertelsmann-Pläne für ein zweites Programm von RTL und die Absicht von Leo Kirch, Tele 5 in einen werbeträchtigen Sportkanal umzuwandeln, vorgenommen.

Die Expansionspläne, entschieden die Medienbürokraten Ende vergangenen Monats „nach sorgfältiger Prüfung“ selbstbewußt, seien nicht mit den gesetzlichen Bestimmungen „zur Sicherung der Meinungsvielfalt vereinbar“.

Vier Tage später war die Wettbewerbswelt der Medienriesen wieder in Ordnung. Über die Genehmigung für RTL 2 hatte die Landesanstalt für Privaten Rundfunk in Hessen verbindlich zu entscheiden. Und für deren Chef Winfried Engel, der Ende Oktober noch mit seinen Kollegen arge Bedenken gegen die Bertelsmann-Pläne hatte, gab es Anfang November nur noch „einige Fragen“, die „offen“ seien.

Auch in Bayern hielt der Beschluß der Direktorenrunde nur wenige Tage. Der Medienrat, oberstes Beschlußorgan der bayrischen Aufscher, übergab kurzerhand die Empfehlung der LMA-Direktoren und kündigte eine Lizenz für den neuen Sportkanal Deutsches Sportfernsehen, das heutige Tele 5, an.

Die Rückzieher aus Hessen und Bayern zeigen: Wieder einmal wurden die TV-Aufscher ihrer Rolle als Marionetten der Politik gerecht. Kein Wunder. Auf den gutdotierten Direktorensesseln sitzen entweder ehemalige Medienreferenten aus Regierungszentralen oder Versorgungsfälle der Landespolitik. In Bayern wacht Wolf-Dieter Ring, einst Referent in der Staatskanzlei, über den Wettbewerb im Privat-TV. Und Oberaufseher in Baden-Württemberg ist seit Sommer der ehemalige Finanzstaatssekretär Eugen Volz. Er löste den früheren Wissenschaftsminister Holmut Engler ab.

In den neuen Bundesländern finden altgediente DDR-Experten aus dem Westen Lohn und Brot in den Landesmedienanstalten. Detlev Kühn zum Beispiel, einst Präsident des Gesamtdeutschen Instituts in Bonn, eine Bundesanstalt, die dem ehemaligen Ministerium für Innerdeutsche Beziehungen unterstand, ist heute Direktor der Sächsischen Landesanstalt für Rundfunk.

So bleibt der Einfluß der Politik gewahrt und – sauber nach Bundesländern und Parteienproporz sortiert – sorgt jeder für seine Klientel. Während die Union auf die von Kohl-Duzfreund Leo Kirch kontrollierten Sender Premiere, Tele 5, Pro 7, Kabelkanal und das zusammen mit dem Springer Verlag beherrschte Sat 1 achtet, macht sich vor allem die nordrhein-westfälische Staatskanzlei für Europas größten Medienkonzern Bertelsmann (RTL plus, demnächst noch Vox) stark. Arbeitsplätze sind der Dank – Medienpolitik als Standort-Sicherung.

Die Konzentration im Privatfernsehen ist den Medienbürokraten längst außer Kontrolle geraten. Fünf der sechs deutschen Fernsehkanäle sind direkt oder indirekt mit der Kirch-Gruppe verbunden, den sechsten, RTL plus, kontrolliert Bertelsmann. Dabei kostet das wettbewerbs-